



Schnelles Internet keine Priorität für Rot-Grün

Flächendeckenden Breitbandausbau beschleunigen

Schnelles Internet ist längst nicht mehr nur eine unverzichtbare Voraussetzung für Unternehmen, Freiberufler und Kreativschaffende, sondern auch für gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe.

Nach Berechnungen des ifo-Instituts erhöht eine Steigerung der Breitbandnutzerrate um 10 Prozentpunkte das jährliche Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum bereits um 0,9 bis 1,5 Prozentpunkte. Trotzdem bleibt die Landesregierung bisher erschreckend untätig: Während Bayern bis zum Jahr 2017 rund 2 Milliarden Euro in den Ausbau der Breitbandinfrastruktur stecken will, investiert NRW gerade einmal 9 Millionen Euro jährlich.

Im Rhein-Erft-Kreis haben rund die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger nicht den schnellen Zugang zum Internet, der heute möglich ist. Wir als CDU-Fraktion fordern Rot-Grün dazu auf, mehr Geld in den flächendeckenden Breitbandausbau zu investieren. Mehr: <http://kurzlink.de/GGausbau-breitband>.

Garzweiler II

Energiopolitischer Amoklauf gefährdet Arbeitsplätze

Völlig überraschend hat die Landesregierung Ende der vergangenen Woche erklärt, die Erweiterungspläne zum Tagebau Garzweiler II zusammenzuziehen. Die CDU verlangt eine Regierungserklärung.

Der Ausstieg aus der Kernenergie ist beschlossen und Konsens in Deutschland. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien gerät zunehmend wegen steigender Energiekosten in die Kritik. Die Zuverlässigkeit von Energielieferungen aus dem Ausland (etwa Gas aus Russland) ist nicht zwingend gegeben.

In dieser Situation plant die Landesregierung nun den vierten Umsiedlungsabschnitt des Tagebaus Garzweiler II ab 2030 bereits heute auf Eis zu legen. Das ist nicht nur vorschnell sondern unverantwortlich.

Die Braunkohle ist der einzige subventionsfreie heimische Energieträger. An der Braunkohle hängen tausende Arbeitsplätze und Existenzen im Kreis und der Region. Zugleich garantiert der Energieträger vor allem die Grundstromlast und damit die Versorgungssicherheit im Land. Mit dem Wissen von heute, ist ein Beschluss für das Jahr 2030 objektiv nicht möglich.

Noch am Donnerstag der letzten Woche fiel kein Wort im Plenum zu den am folgenden Tag veröffentlichten Plänen. Die Lippenbekenntnisse der Ministerpräsidentin Kraft zum Industriestandort NRW sind nun endgültig null und nichtig. Sie muss sich in der kommenden Woche im Landtag erklären.

Denkmalförderung gestrichen

Die Landesregierung will kein Geld mehr in unsere Denkmäler investieren

Mit ihrem Ausstieg aus der Denkmalpflege verliert die Landesregierung nicht nur die Geschichte des Landes aus den Augen, sondern auch die Zukunft.

Denkmalpflegerische Maßnahmen sollen ab 2015 nur noch auf Darlehensbasis erfolgen. Gerade ‚kleine‘ Denkmaleigentümer werden künftig jeden Anreiz verlieren, ihre Gebäude denkmalgerecht zu erhalten, wenn sie keine Zuschüsse mehr bekommen.

Folge: Es droht der Verfall historischer Gebäude, wenn die Kommunen nicht in der Lage sind, die Baudenkmäler zu übernehmen.

Fördermittel 2009 - 2015 in Mio. Euro
Regierungsübernahme von Rot-Grün: 2010

